

Antrag

der Fraktion der FDP/DVP

Die Gesellschaft und die staatlichen Organe in der Auseinandersetzung mit religiös und politisch motivierten Extremisten stärken – Erweiterung der Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)/Entwicklung des Rechtsextremismus in Baden-Württemberg – Handlungsempfehlungen für den Landtag und die Zivilgesellschaft“

Der Landtag wolle beschließen:

Die seit Monaten vermehrt in aller Öffentlichkeit stattfindenden gewalttätigen Angriffe auf jüdische Bürger unseres Landes z. B. im Rahmen von Demonstrationen, die Auseinandersetzungen zwischen Sympathisanten der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ und kurdischen Jesiden und nicht zuletzt die Einschüchterungsmaßnahmen salafistischer Gruppen zeigen eindringlich, dass unsere auf die Werte der Freiheit, Toleranz und des friedlichen Miteinanders bauende Gesellschaft immer wieder Bedrohungen ausgesetzt ist.

Neben den staatlichen Organen ist auch die Gesellschaft gefordert, nicht mit unseren Grundrechten zu vereinbarenden Bestrebungen entgegenzutreten.

Der Landtag von Baden-Württemberg will hierzu seinen Beitrag leisten.

- Er verurteilt die religiös oder politisch motivierten Angriffe auf Angehörige der verschiedenen unter dem Dach des Grundgesetzes friedlich existierenden Religionsgemeinschaften.
- Er sieht die Gefahren, die von religiös und politisch motivierten Extremisten auch in Baden-Württemberg für unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft ausgehen.
- Er sieht es als seine Aufgabe an, Handlungsstrategien und Empfehlungen entwickeln zu lassen, die für die Auseinandersetzung mit vorhandenen Formen des Extremismus hilfreich sind und das Entstehen neuer, gegen unsere Grundwerte gerichteter extremistischer Strukturen erschweren können.

- Deshalb wird der Auftrag der Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)/Entwicklung des Rechtsextremismus in Baden-Württemberg – Handlungsempfehlungen für den Landtag und die Zivilgesellschaft“ dahingehend erweitert, dass über den Rechtsextremismus hinaus auch die Entwicklung des übrigen politisch und religiös motivierten Extremismus und seiner Strukturen untersucht und diesbezüglich Handlungsstrategien und Empfehlungen erarbeitet werden sollen.

Es wird beantragt, den Antrag für dringlich zu erklären.

25. 09. 2014

Dr. Rülke
und Fraktion

Begründung

Der Antrag soll für dringlich erklärt werden, weil nur durch die dringliche Behandlung sichergestellt werden kann, dass die Enquetekommission zeitnah die Ausweitung des Arbeitsauftrages in ihrer weiteren Planung berücksichtigen kann. Zudem ist es dann auch dem Innenministerium möglich bei der dort angedachten Intensivierung der Präventionsangebote die Planung der Enquete rechtzeitig zu berücksichtigen.